

Das Beste aus Thüringen.

OTZ.de

In Kooperation mit Thüringer Allgemeine und Thüringische Landeszeitung.



NSU und die Folgen: Diskussion mit Stasi-Beauftragtem in Jena



Äußert seine Ansichten zum Verfassungsschutz: Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn (links), im Gespräch mit Moderator Jonas Zipf vom Theaterhaus Jena. Foto: Tino Zippel

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, diskutiert in Jena über die NSU-Terrorzelle und die Folgen. Professor Hajo Funke will den Verfassungsschutz abschaffen und stattdessen ein Institut zur Terrorabwehr einrichten.

Jena. Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen fordert einen grundlegenden Umbau des Verfassungsschutzes in Deutschland. Das System müsse besser kontrolliert werden, sagte Roland Jahn bei einer Podiumsdiskussion im Jenaer Theaterhaus am Mittwochabend.

Die 200 Besucher sahen zunächst die Dokumentation "Der verlorene Sohn". Regisseur Andreas Kuno Richter hatte Jugendliche der Jenaer Lobdeburg-Schule bei einem Videoprojekt zur NSU-Terrorzelle begleitet. Gemeinsam mit ihnen begab er sich in Jena auf Spurensuche, warum drei junge Menschen in die rechte Szene abdrifteten. Der Film, der bereits bei RTL und n-tv lief, lässt auch die Eltern des mutmaßlichen Terroristen Uwe Böhnhardt zu Wort kommen.

Seine Mutter schildert aus ihrer Sicht, warum ihr Sohn auf die falsche Spur geriet. Er habe in der Wendezeit ein Schuljahr wiederholen müssen. Kurz darauf sei das westdeutsche Schulsystem übergestülpt worden. Uwe sei als zwei Jahre älterer Junge in eine neue Klasse gekommen, habe keine Freunde gehabt. Lehrer, die es nicht ans Gymnasium geschafft hatten und die an der Regelschule unterrichten mussten, seien wenig motiviert gewesen. "Die Schule hat uns viel zu spät darüber informiert, dass es Probleme gibt und Uwe regelmäßig schwänzt", sagte die Mutter.

"Sicher hat die Umbruchsituation einen Anteil. Es gibt keine einfachen Wahrheiten, sondern eine Vielzahl von Gründen, warum sich die Jugendlichen der rechten Szene zuwandten", sagte Jahn. "Nicht die Freiheit ist die

Bedrohung, sondern wenn man die Chancen der Freiheit nicht nutzt." Er forderte Konsequenzen aus dem Versagen der Verfassungsschutzbehörden nach dem Abtauchen der drei Jenaer in den Untergrund. Wir müssen uns fragen, ob wir einen Geheimdienst brauchen, der uns nicht schützt." Eine stärkere Kontrolle sei notwendig, sagte Jahn.

Für die Abschaffung des Verfassungsschutzes plädierte hingegen Hajo Funke. Der Professor für Holocaust-Studien sagte, der Verfassungsschutz habe sich zum "Staat im Staat ohne jede Kontrolle" entwickelt. Größter Kritikpunkt ist der Einsatz von V-Leuten. Nicht nur im Beispiel des Thüringers Tino Brandt nehmen diese Informanten oft Führungsrollen ein. "Es gibt viele Schritte des Landesamtes für Verfassungsschutz zur Stärkung von Brandt." Diese Erkenntnis habe er durch das Aktenstudium gewonnen. Den Behörden wirft er nicht nur "strategische Schlamperei" vor, sondern "Demokratiegefährdung durch den Staat". Aus seiner Sicht sollte es statt des Verfassungsschutzes ein wissenschaftliches Institut zur Erkennung von Terrorgefahr geben.

Für unpassend hält Jahn, im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz von "Stasi 2.0" zu sprechen. Das werde der Debatte nicht gerecht. Die Aufarbeitung der Diktatur in seiner Behörde sei wichtig, um heute die Demokratie zu gestalten. Jahn spricht sich gegen ein generelles Abhörverbot aus. "Abhören kann auch Leben retten, wenn dadurch verhindert wird, dass bei einer Veranstaltung wie dieser eine Bombe explodiert", sagte er. Wichtig sei aber, nur "soviel wie nötig abzuhören".

Daniel Köhler, Leiter der Forschungsabteilung von Exit Deutschland, betonte, dass rechte Gewalt nach wie ein Thema sei, obwohl sie mehr im Verborgenen stattfindet. Die Rechten hätten nur die Strategie geändert, wählten andere Formen der Gewalt als vor 20 Jahren. Damals brannten Asylbewerberheime, nicht nur im Osten des wiedervereinigten Deutschland.

"Rechtsradikalismus ist keine Erfindung der Wendezeit", sagte Jahn. Bereits zu DDR-Zeiten habe es solche Tendenzen gegeben, wie eine kriminologische Studie der Humboldt-Universität Berlin beweist. "Sie wurde zur geheimen Verschlussache erklärt", sagte Jahn.

Der Böhnhardt-Film stieß auf Kritik. Es entstehe der Eindruck, am Ende weinen Eltern und Schüler gemeinsam um den "armen Uwe". Die Gestaltung unterstreiche dies, sagte eine Zuschauerin. Deshalb habe das Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus gegen die Ausstrahlung an Jenaer Schulen votiert.

"An Berliner Schulen wird der Film gezeigt. Es gibt große Nachfrage", sagte Regisseur Richter, der mit dem Werk den DRK-Medienpreis 2012 gewann. "Der Film hat inzwischen ein Millionenpublikum erreicht und zu Diskussionen angeregt." Wie an diesem Abend in Jena.

[Mehr zum Thema Rechtsterrorismus </web/zgt/rechtsterror>](#)

Tino Zippel / 31.05.13 / OTZ

Z83DSUL040126



